



Reif für die Rente

Beim Versuch, den wichtigsten Reformschritt seit Jahrzehnten zu setzen, hat Wolfgang Schüssel gezeigt, wozu seine stabile Regierung wirklich fähig ist.

Dass eine Pensionsreform notwendig ist, war und ist wahrscheinlich den meisten Österreichern ungefähr so bewusst wie die Tatsache, dass zwei Menschen nicht lange auf den Schultern eines Einzelnen stehen können. Aber genau so wird in rund 30 Jahren die finanzielle Belastung der arbeitenden durch die nicht arbeitende Bevölkerung aussehen. Warum dann also dieser Aufschrei? Warum dann die Drohung des ÖGBs, sein Aufruf zum Streik? Warum dann der Aufstand in den eigenen Reihen der ÖVP, ihre Forderung nach Änderungen? Warum kein landesweit zwischen zusammengebissenen Zähnen unter Schmerzen hervorgepresstes Verstehen dessen, was da kommen muss?

Ein paar Erklärungsversuche dazu, warum eines der wichtigsten Reformvorhaben der vergangenen Jahrzehnte in einem Fiasko zu scheitern droht und wer daran die Schuld trägt:

1.) Es sind die Medien, die sich an das, was sie früher lauthals von allen Regierungen eingefordert haben, nicht mehr erinnern können oder wollen.

2.) Es sind die älteren Arbeitnehmer, die kurz vor der Pension stehen, deren Beiträge aus dem Arbeitsleben nicht angemessen aufgewertet werden und die plötzlich für die volle Pension 45 Arbeitsjahre brauchen, die sie aber nun nicht erreichen können. Vielleicht ist es aber auch nur der Pensionsexperte Bernd Marin, der die Ausdehnung des Berechnungszeitraums von 15 auf 40 Jahre bei gleichzeitiger Nichtanpassung der vergangenen Beitragsleistungen an den heutigen Geldwert als „kalte Enteignung“ bezeichnet – nur weil dabei Pensionsverluste bis zu 40 Prozent entstehen.

3.) Schuld sind auch die Frauen, die sich durch die Einführung eines längeren Durchrechnungszeitraums, bei dem die Zeiten für die Kindererziehung, in denen sie wenig verdient haben, einbezogen sind, benachteiligt fühlen.

4.) Es sind natürlich auch die jetzt Werkstätigen, die das bedrückende Gefühl beschleicht, weiter hohe Beiträge zahlen zu müssen, ohne später selber eine ausreichende Pension zu bekommen. Und überraschenderweise sind sie darüber verärgert, dass es, wie von Wirtschaftskammerboss Leitl gefordert, keine Eingriffe in bestehende Pensionen gibt, um sie zu entlasten.

5.) Schuld sind natürlich auch die Altpolitiker, allen voran Franz Löschnak, der mit seiner an die soziale Intelligenz eines Brückenpfeilers erinnernden Argumentation Solidaritätsbeiträge seitens der Polit-Pensionisten brüsk abgelehnt hat.

6.) Apropos Politiker: Ganz viel Schuld hat natürlich auch der Sündenbock aus Kärnten auf sich geladen. Erklärte doch Jörg Haider die Reform bereits für tot, noch ehe der Vizekanzler seiner Gnaden, Herbert Haupt, dem Gesetz im Nationalrat überhaupt zustimmen konnte.

7.) Nicht zu vergessen bei der Schuldzuweisung sind natürlich die Beamten. Schließlich haben sie sich einer Harmonisierung der Pensionssysteme noch einmal entziehen können und im gleichen Atemzug auch noch eine Anpassung ihrer Bezüge erhalten. Da kommt bei den ASVGlern wenig Freude und Verständnis auf.

8.) Und schuld sind überhaupt alle Österreicher, die jetzt besorgt der allgemeinen Konjunkturlage und ihrer eigenen wirtschaftlichen Zukunft entgegenblicken; ein wenig auch die Wirtschaftsforscher. Denn die sehen keinen Silberstreif am Horizont und die Österreicher keine Pensionen im Alter. Also wollen diese nicht mehr konsumieren; kein Geld in Reisen, Autos, Möbel oder Kleidung stecken. Sie tragen somit die Verantwortung, dass die Wirtschaft weiter und weiter und weiter lahm.

So weit nur einige Gründe, die den nicht wirklich durchschlagenden Erfolg des Schüssel'schen „Pensionssicherungsreformplans“ bei den Österreichern erklären mögen. Vielleicht liegt in ihnen das eine oder andere Körnchen Wahrheit.

Doch es gibt daneben auch noch einige andere Erklärungsmöglichkeiten: Schüssels Konzept ist wirklich schlecht, sozial unausgewogen, verursacht bei jenen Härten, deren Belastbarkeitsgrenze ohnehin erreicht ist, wurde zu einem absolut falschen Zeitpunkt präsentiert, von keiner vorbereitenden Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und dient nicht der Sanierung eines nicht mehr tauglichen staatlichen Vorsorgesystems, sondern dem Auffüllen der leeren Budgetkassen.

Sollten diese Gründe zutreffen, wäre aber die Regierung tatsächlich reif für die Rente.

e-Mail: martinek.thomas@trend.at



Hat Kanzler Wolfgang Schüssel die Pensionsreform reiflich überlegt?

APA/ROLAND SCHLAGER